

Was ist Ausbeutung?

1. Was heißt alles Ausbeutung und ist gar keine

Daß Ausbeutung hierzulande ausgestorben ist, will niemand behaupten; im Gegenteil, sie wird immerzu überall entdeckt. Die merkwürdigsten Sachen heißen heutzutage Ausbeutung: vollbusige Cover-Girls auf Illustrierten gelten als Beispiel für die brutale „Ausbeutung“ der Frau durch den Mann. Eltern sollen bisweilen ihre Kinder ausbeuten oder umgekehrt. Journalisten sollen bisweilen Leute wegen einer „Sensationsstory“ ausbeuten, sagen die Journalisten.

„Ausbeutung“ heißt in diesen Fällen nichts anderes als: die Leute sollen sich *anständig benehmen*.

Wenn ein Mensch arbeitslos wird und darauf sinnt, sein Arbeitslosengeld durch Schwarzarbeit etwas aufzubessern, oder wenn einer einfach zu oft krank ist, dann beutet er das „soziale Netz“ aus. Wenn Pensionisten „Doppelbezüge“ beziehen, beuten sie die Pensionsversicherung aus; faule Arbeitslose beuten angeblich die Arbeiter aus und Arbeiter mit vielen Überstunden beuten angeblich die Arbeitslosen aus, weil sie ihnen Arbeit wegnehmen. „Ausbeutung“ heißt hier nichts anderes als die Aufforderung zu *Bescheidenheit und Verzicht*.

Sogar im Betrieb soll ab und zu Ausbeutung vorkommen. Dann, wenn der Meister den Lehrling zum Bier holen schickt oder der Lehrling Überstunden macht, was erst nach 3 Jahren Lehrzeit in Ordnung geht. „Ausbeutung“ ist hier nichts anderes als ein *Verstoß* gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz. Und in ganz besonderen Fällen sagt man sogar zu einem ganzen Unternehmen, es würde ausbeuten. Immer dann, wenn etwas zum *Mißstand* erklärt werden soll: z.B. Firmen, die Leiharbeiter ohne Sozialversicherung zur Schwarzarbeit anhalten oder – ein Hit unter angeprangerten Mißständen – Frauen „ungleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zahlen. „Ausbeutung“ heißt hier nichts anderes als *Ungerechtigkeit*. Denn *gleichen* soll ja der Lohn, nicht *reichen*.

Komisch ist das schon: eine Welt *voller Ausbeutung*, aber jeder Fall von Ausbeutung ist eine Ausnahme *von der guten Welt* voller Regel, Gesetz und Ordnung.

2. Was ist alles Ausbeutung und heißt gar nicht so

Der Maßstab „Gerechtigkeit“ ist hierzulande als der *einzig*e Gesichtspunkt anerkannt, unter dem man etwas als *verkehrt* oder gar *schädlich* beurteilen darf. Die Tatsache, daß in Österreich '84 alles so durch und durch geregelt ist, gilt schon als Beweis, daß diese rechtmäßig geordnete Welt *gut* wäre.

Nicht mehr am eigenen Interesse werden die Arbeit und ihre Erträge für den Arbeiter gemessen, sondern an ihrer *Rechtmäßigkeit*. In *deren* Namen wird nach (angeblichen) Ausnahmen (=Ungerechtigkeiten) von dieser schönen Ordnung

gefahndet. Und *deswegen* kommt niemand hierzulande mehr auf die Idee, in der ganz alltäglichen Ausbeutung die Ausbeutung auszumachen. Arbeitgeber – Arbeitsplatz – Arbeitnehmer – ein wohlgeordnetes Verhältnis, durch eine Vielzahl von Gesetzen geregelt, von der Gewerkschaft abgesegnet: Sogar Geld bekommt der Lohnarbeiter, und dafür kann man hierzulande ja bekanntlich alles kaufen. Bloß hat dieses sehr gerechte Vertragsverhältnis einen kleinen Haken. Die beiden Vertragsparteien treten nämlich mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen zur Unterschrift an. Daß eine ganze Klasse sich erpressen lassen muß, steht schon lange fest, noch ehe die Erpressung so richtig beginnt. Über unmittelbare Gewalt oder Willkür, ausgeführt von böartigen, gierigen Ausbeutern, die die Menschen beschießen und dabei auf die Dummheit ihrer Knechte bauen, ist dieses Verhältnis erhaben. Auf solche vergleichsweise unsicheren Grundlagen braucht sich in einer „entwickelten Industrienation“ niemand zu verlassen. Deshalb ist das Dasein eines Lohnarbeiters auch umgekehrt so ganz und gar unabhängig davon, was *dieser* Mensch sich von seiner Arbeit erhofft. Die eine Vertragspartei – die Lohnarbeiter – ist nämlich ganz einfach durch die Tatsache, daß sie *Geld* zum Leben *braucht*, aber keines *hat*, *gezwungen, sich für die Gegenseite nützlich zu machen*. Die Unternehmenseite ist im Besitz sämtlicher Produktionsmittel, verfügt deshalb auch über das nötige Geld zum Einkauf der Leute, die die Produktionsmittel in Bewegung setzen. Die Unternehmenseite ist so „kleinlichen“ Sorgen wie der um ihren Lebensunterhalt sowieso enthoben: und so kann sie in aller Freiheit mit dem Lohnarbeiter und seiner Arbeit *kalkulieren*. Und das heißt: Sie bestimmt erstens, ob man sich als Lohnarbeiter *überhaupt* nützlich machen kann, ob man also seinen *Lebensunterhalt verdienen „darf“*. Zweitens, wenn ja: *für wie lange am Tag* und was man dafür kriegt; wie *intensiv* man zu arbeiten hat und was man dafür kriegt: über *Beginn und Ende* der Arbeitszeit, ob *fest oder gleitend*, *Schicht oder Schichtwechsel* und wieviel Zulage man dafür kriegt; über Ausmaß von Schmutz, Lärm und Gift, das man am Arbeitsplatz auszuhalten hat, und wieviel Schilling Zulage man dafür kriegt. Und drittens bestimmt der Arbeitgeber im Rahmen von Gesetzen, Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen, die „Normal“-Verhältnisse festlegen und damit jeder Seite das Ihre sichern: Den Unternehmern die Freiheit, wie sie ihr Arbeitsplatz-„Angebot“ gestalten; den Lohnarbeitern die „Freiheit“, sich dem zu fügen – oder nicht ...

Kurzum: Einem Lohnarbeiter wird alles diktiert, und zwar nicht nach Willkür und Böswilligkeit, noch nicht einmal nach individueller Profitgier, sondern ganz schlicht im Rahmen der Gesetze und nach *der* kapitalistischen „Sachnotwendigkeit“: Sein Einsatz hat sich zu *lohnen*: für den, der den Arbeitsplatz „zur Verfügung stellt“, d.h. nach seinem Geschäftsinteresse einrichtet.

Und *wie sehr* sich dieses Verhältnis in Österreich von heute lohnt, dazu braucht man sich nur anzuschauen, wer alles in dieser Republik unter den verschiedensten Titeln vom Ertrag der Lohnarbeit lebt: Die Kapitalisten sowieso, ihre Stellvertreter in der Produktion – die leitenden Angestellten –, ihre Geldgeber – die Aktionäre und Bankiers. Außerdem das ganze Drumherum: alle Weißkittel und Gesundheitschreiber des Gesundheitswesens, die Pfaffen, sämtliche Kulturheinis von Heinzl bis Herbert von Karajan. Für Repräsentationszwecke werden Opern, Schlösser, Museen und

Konferenzzentren gebaut und hergerichtet. Und nicht zuletzt muß natürlich noch die Gewalt finanziert werden, die für die Durchsetzung „unserer“ gerechten Ordnung so erfolgreich sorgt: der gesamte Staatsapparat mit seinem Heer von Richtern, Staatsanwälten und Polizisten und einem ganzen Nationalrat voll Parlamentarier mitsamt Oppositionsführer und Bundeskanzler, die sich für den Export „unserer“ Gerechtigkeit in den Osten ein mit modernem Gerät bewaffnetes Bundesheer halten. Wieviel Sekunden eines Arbeitstages wird da ein österreichischer Prolet wohl noch für sein bißchen Lohn arbeiten?

Rechtmäßig und ordentlich wird dies in einem modernen Staat zuwege gebracht. Niemandem wird hierzulande ungestraft etwas weggenommen. Was wollte man einem Lohnarbeiter auch schon stehlen? Der Ertrag seiner Arbeit hat ihm ja noch nie gehört, sondern war, noch bevor er zu arbeiten anfängt, schon Besitz seines Anwenders. *Nichts Gerechteres* als eine funktionierende kapitalistische Ausbeutung, die auf Diebstahl und „Lohnraub“ nicht angewiesen ist – *nichts Härteres* für das ordentlich entlohnte Menschenmaterial. Perfekt ist dieses Verhältnis durch seine „Sachlichkeit“: Nicht mehr ist dafür vonnöten als die selbstverständliche Eigentumslosigkeit, also die unauffällige *Erpreßbarkeit* der Lohnarbeiterklasse. Ausgerechnet die Ausbeutung ist doch tatsächlich das *einzig* „Lebensmittel“ eines Arbeiters! Deshalb heißt Ausbeutung heute auch nie so, sondern ganz vornehm: *Arbeitsplatz*.

3. Ausbeutung – eine nationale Frage

Im Übrigen ist es nicht so, als ob dieser Sachverhalt den sachkundigen Beobachtern der kapitalistischen Welt unbekannt wäre. Diese registrieren und beklagen sehr wohl, daß Leute am Tag zu lange arbeiten, daß sie während des Arbeitstages immer intensiveren Leistungsansprüchen genügen müssen, daß ihre Lebensarbeitszeit zu lang ist, daß sie von ihrer Arbeit nichts haben, sondern im Gegenteil in elenden Papierhäusern und Wohnsilos hausen müssen und sich nur lauter Schund leisten können. Es wird sogar festgestellt, daß es kein Glück, sondern ein Pech ist, einen Arbeitsplatz zu haben.

Bloß, es muß schon eine Bedingung erfüllt sein, damit diese Wahrheiten eines Lohnarbeiterdaseins bemerkt und propagandistisch breitgetreten werden: das Ganze muß sich im *Ausland* – am besten bei den Japanern – abspielen.

Als ob es in Japan keine Gesetze gäbe, für die Arbeitswelt; kein staatliches Ausbildungswesen, das für die Verteilung der Leute auf die Hierarchie der Berufe sorgt: keine von Gewerkschaften kollektivvertraglich ausgehandelten Minusrunden! Auch dort geht es ordentlich und gerecht zu. Aber all das, was bei uns eine „ordentliche Arbeitswelt“ ausmacht, in der „Ausbeutung“ nur als Ausnahme vorkommt und ansonsten ein Fremdwort ist, all das ist ein paar tausend Kilometer ostwärts, hinter einer fremden Staatsgrenze, „brutale, vorsintflutliche“ – *Ausbeutung*. Was Gerechtigkeit ist und was Ausbeutung, wird eben von Leuten, die den Ärger der nationalen Wirtschaft über lästige Konkurrenten teilen, sehr parteilich entschieden. (Deswegen können japanische Verhältnisse durchaus auch wieder als *Vorbild* gelten

– z.B. wenn Herr Czettel nach einer Japanreise der Gewerkschaft von der „Arbeitsdisziplin“ dort „sehr beeindruckt“ ist).

Gerecht ist das, was dem *nationalen* Interesse dient. Und das ist keineswegs eine Verunglimpfung eines edlen Menschenideals, denn genau dafür steht der Staat mit seinem gerechtigkeitsstiftenden Recht ein.

4. Der ÖGB – Anwalt einer sauberen Ausbeutung

Wer sich als Lohnarbeiter auf Gerechtigkeit verläßt, ist also blöd dran. Denn er erkennt damit das Interesse der Nation an gelungener Ausbeutung an. Lohnarbeiter haben in diesem perfekt eingerichteten Verhältnis einseitig nützlicher und schädlicher „Sachnotwendigkeiten“ nur eine Chance. Eben nicht auf Gerechtigkeit hereinzufallen und auf das Recht zu vertrauen. Sondern diesem eleganten Gewaltverhältnis ganz ohne idealistische Beschönigung die *erpresserische Macht ihres Zusammenschlusses* entgegenzusetzen, um den Nutzen durchzusetzen, den Gerechtigkeit für einen Lohnempfänger nie und nimmer bringt. So etwas hieß einmal *Gewerkschaft*.

Heutzutage hat ausgerechnet der ÖGB nichts anderes im Sinn, als das Ideal einer geregelten Ausbeutung: *Gerechtigkeit*, zu kultivieren. Er beharrt an vorderster Front darauf, daß eine *Ausbeutung ohne Extravaganzen* stattfindet, ein ordentlicher Arbeitsdienst. Das sieht er immer dann garantiert, wenn *er* unterschrieben hat, mit dabei war, oder dazu gehört wurde, was immer Staat und Kapital für seine Mitglieder beschließen.

Als Arbeiter hat man davon die erhebende Gewißheit, daß jeder Dreck und Lärm, dem man am Arbeitsplatz ausgesetzt ist, durch ein paar Schillinge seine gerechte Anerkennung findet. Und wenn diese Zulage oder auch der Tariflohn gekürzt wird, weiß man, daß das „leider nicht zu umgehen“ war. Die Gewerkschaft war schließlich bei den Verhandlungen dabei und hat aufgepaßt, daß keine böse Unternehmerwillkür am Werk war, sondern nur streng den kapitalistischen „Sachnotwendigkeiten“ gefolgt wurde.

Der ÖGB kann es sich als sein Verdienst anrechnen, mit seiner Gewerkschaftspolitik dazu beigetragen zu haben, daß „Ausbeutung“ ausgerechnet in Zeiten und in einem Land, wo sie so perfekt organisiert ist wie nie zuvor, in Österreich '84 als *Ausnahme* gilt – und der Arbeitsplatz als *Gnade* für das dort noch benötigte Stück menschlichen Inventars.

Aus: Berliner Hochschulzeitung, Marxistische Gruppe (MG), 5.6.1984

Vorstehender Artikel wurde aus der Wiener HZ übernommen.